

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1,50.
Durch die Post im Orts- und Ober-
amtsbezirk, sowie im fernliegenden
Gebiet RM. 1,80 mit
Postzuschlag. Preis einer Nummer 10 Pf.
In Fällen höherer Gestalt besteht
kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
stellen, sowie Agenturen und
Kassierstellen jederzeit entgegen.
Zersprecher N. 4.
Postkonto Nr. 24 bei der Oberamts-
Kassierstelle Neuenbürg.

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Reich'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Viefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Viefinger in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile ober
beim Raum in 10 Sp., Restzeile
10 Sp., Restzeile 10 Sp.,
Büchlein, Offerte und Kostent-
verteilung 10 Sp., Bei größeren
Anzeigen Nachz., der im Falle
des Nichterfolgens kostenfrei
wird, ebenso wenn die Zahlung
nicht innerhalb 3 Tagen nach
Anzahlungsdatum erfolgt. Bei
Anzeigen werden sofort alle früheren
Vereinbarungen außer Kraft.
Berichtsbild für beide Teile in
Neuenbürg. Für text. Aufträge
wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Nr. 55 Samstag den 7. März 1931 89. Jahrgang

Locarno-Enthüllungen

Antwort des Reichsministers Schiele auf einen offenen Brief des Abg. von Freitag-Loringhoven

Berlin, 6. März. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Schiele veröffentlicht heute abend eine umfangreiche Erklärung zu dem von dem Reichstagsabgeordneten Freitag-Loringhoven in der Form eines offenen Briefes gegen ihn erhobenen Vorwurf, daß Dr. Schiele in der Locarno-Politik des Jahres 1925 ein „doppeltes Spiel“ getrieben habe. Reichsminister Dr. Schiele gibt zunächst ein ausführliches Schreiben wieder, das ihm von Graf Westarp überhandt worden ist. Herr v. Freitag-Loringhoven hatte seinen Vorwurf lediglich auf einen Bericht des früheren englischen Vorkämpfers Lord d'Abernon über ein von Dr. Schiele gegebenes Frühstück gestützt, an dem von Freitag-Loringhoven selbst nicht teilgenommen hat, so daß er den Inhalt und Verlauf nur aus dem Munde Lord d'Abernon's kennt. Graf Westarp's Ausführungen enthalten nun eine detaillierte Schilderung dessen, was bei dem Frühstück besprochen worden ist.

Deutschnationalen im Oktober 1925 und ihrem jetzigen Auscheiden aus dem parlamentarischen Kampf zur Rettung der deutschen Landwirtschaft gezogen habe. Als einer der verantwortlichen Sachwalter der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft, fühle ich mich darum verpflichtet, heute noch einmal vor der deutschen Öffentlichkeit meine wartende Stimme zu erheben. Die jetzigen Auseinandersetzungen über Gefrierfleischimport und Brotgetreide sind bei aller Bedeutung erst Vorkämpfe. Es liegen schicksalhafte Entscheidungen in den lebenswichtigen agrar- und handelspolitischen Fragen unmittelbar bevor. Heute wie 1925 gilt es nicht, ein Abgleiten der deutschen Politik und Wirtschaft in gefährliche Bahnen zu kritisieren, sondern zu verhindern. Dafür bis zur letzten Möglichkeit zu kämpfen, halte ich für meine Pflicht gegenüber Staat und Volk und insbesondere gegenüber der vom Verfall bedrohten Landwirtschaft.

Der Westarp-Brief

Berlin, 6. März. In dem Schreiben des Grafen Westarp, das den von uns bereits wiedergegebenen Ausführungen des Reichsministers Dr. Schiele voraussetzt, wird u. a. ausgesprochen, daß Graf Westarp darin erklärt, er habe den Vorkämpfer Lord d'Abernon zu dem Frühstück eingeladen, um ihn wissen zu lassen, wo die Grenze liege, die der deutschnationalen Zustimmung zu den Locarno-Verhandlungen und damit dem Bestande der Regierung Luther-Stresemann gezogen waren. Lord d'Abernon habe von greifbaren Vorteilen für Deutschland gesprochen, sei aber der Frage ausgewichen, worin diese beständen. Minister Schiele haben den deutschnationalen Parteiführern nach dem Frühstück den Entwurf eines Telegramms an Stresemann vorgelegt mit der Mitteilung, er habe beabsichtigt, einen Beschluß der in Berlin gehaltenen Minister herbeizuführen, daß der Locarno-Vertrag nicht paraphiert und daß die Regierungsrichtlinien geändert werden müßten, bevor auch nur in einem Protokoll eine Zustimmung ausgesprochen werde. Dieser Beschluß sei dann im Kabinett gefaßt und noch vor der Paraphierung in Locarno eingetroffen. Graf Westarp legt dann dar, daß seine und auch Schiele's Haltung zu den Locarno-Verhandlungen keineswegs von den Richtlinien der Partei abgewichen sei.

Auch den weiteren Gang der Verhandlungen hätten sie verfolgt, in ihrem Sinne zu beeinflussen. In dem Windexprogramm hätten insbesondere gehört der Ausschluß eines Verzichts auf Elb-Lothringen und die Sicherung der Räumung, aber auch die rasche Inangriffnahme der Abrüstung. Die Aussicht auf Erfolg sei gegeben gewesen. Kabinett und Regierungsparteien hätten sich die deutschnationalen Forderungen ausdrücklich zu eigen gemacht. Der Einspruch des Berliner Kabinetts hatte zur Folge, daß Luther und Stresemann erklärten, sie trügen allein die Verantwortung für die Paraphierung und würden für ihre Person die Folgen ziehen, wenn die Auswirkungen nicht eintreten, wenn u. a. nicht bis zum 1. Dezember die Räumung Kölns in Angriff genommen und die weitere Räumung für eine absehbare Zeit sichergestellt sein sollte. Schiele habe im Kabinettsrat die Zustimmung zu dem sachlichen Ergebnis von Locarno ausdrücklich abgelehnt. Es habe Heberer's Zustimmung der Regierung vorgelegen, daß der endgültige Beschluß nicht erfolgen sollte, falls am 1. Dezember die vereinbarten Voraussetzungen nicht erfüllt sein würden. Das gab uns, so schreibt Westarp, solange wir in der Regierung blieben, die Möglichkeit, noch starken Einfluß auszuüben. So sei auch die feste Forderung erreicht worden, durch amtliche Schritte endgültig zu klären, daß der Locarno-Vertrag nicht einen grundsätzlichen Verzicht auf Elb-Lothringen bedeute. Dann habe jedoch die überwiegende Mehrheit des Vorlandes und der Landesverbandsvorsitzenden die Fortsetzung des Kampfes in der Regierung abgelehnt und den Austritt der deutschnationalen Minister aus dem Kabinett beschlossen. Zum Schluß weist Graf Westarp darauf hin, daß die Deutschnationalen durch den Austritt aus der Koalition auch die durch das Polgesetz vom August 1925 eingeleitete Wiederaufnahme des Schutzes der Landwirtschaft imtisch gelassen hätten.

An diese Richtsichtigung des Grafen Westarp schließt Reichsminister Dr. Schiele dann folgende Feststellungen: Dem Abg. v. Freitag-Loringhoven genügen in wissenschaftlichem Rahmen ausgesprochene Vermutungen eines ausländischen Diplomaten, um einem langjährigen Kampfgesossen ein „doppeltes Spiel“ gegenüber den eigenen politischen Freunden zu unterstellen. Herr v. Freitag-Loringhoven hat dabei offenbar so wenig Gefühl für die Unzulässigkeit einer solchen Methode des politischen Kampfes, daß er es nicht einmal für nötig hielt, sich bei einem der Teilnehmer an jenem Frühstück, die zum Teil noch heute seiner Partei angehören, über den wahren Sachverhalt zu unterrichten, ehe er seine erhebelnde Verdächtigung der Öffentlichkeit übergab. Zur Sache: Aus den Feststellungen des Grafen Westarp und anderer anderer deutscher Teilnehmer ergibt sich, daß Lord d'Abernon nicht meine deutschnationalen Freunde für Locarno gewinnen, sondern von ihnen die deutschen Bedenken gegen Locarno hören wollte. Der Zweck der Zusammenkunft mit den befreundeten Ministern und Abgeordneten war es, eine letzte nachdrückliche Aktion ins Werk zu setzen:

- 1) für Ablehnung der Paraphierung und der sich daraus ergebenden Bindungen,
 - 2) zur Sicherung der Voraussetzungen und Wirkungen im Sinne der Kabinettsrichtlinien und
 - 3) um auf eine Klärung zu drängen, daß der Vertrag keinen Verzicht auf Elb-Lothringen enthalten dürfte.
- Aus dem „doppelten Spiel“ des Herrn v. Freitag-Loringhoven ist also in mehrfacher Hinsicht das direkte Gegenteil seiner unfairen Unterstellung geworden. Wichtigere als die Methoden des Herrn von Freitag-Loringhoven sind die politischen Schlussfolgerungen aus den damaligen Vorgängen: Heute wie damals habe ich volles Verständnis für das elementare Nationalgefühl, aus dem der Beschluß des deutschnationalen Parteivorstandes entsprang, der zum Austritt aus der Regierung führte. Heute wie damals aber bin ich der Heberzeugung, daß es mir bei weiterem Verbleiben in der Regierung gelungen wäre, entweder einen Abschluß der Locarno-Politik im Sinne der Regierungsrichtlinien, die sich im wesentlichen mit den deutschnationalen Forderungen decken, herbeizuführen, oder die Ablehnung des Locarno-Vertrages durch das Kabinett zu erreichen.
- Durch den Beschluß der deutschnationalen Parteimitglieder am 23. Oktober 1925 wurde der monatelange geldbewußte Kampf um die Neugehaltung der deutschen Außenpolitik kurz vor der Entscheidung preisgegeben.
- Im Hinblick auf die lange Reihe von Fehlschlägen, die die nationale Bewegung in Deutschland seit dem Oktober 1925 zu verzeichnen hat, bin ich heute noch mehr als schon damals der Ansicht, daß es ein schwerer Fehler war, vorzeitig die Hand vom Flügel zurückzuziehen und durch Selbstausschaltung der nationalen Rechte den Weg für eine maßgebende Beeinflussung der deutschen Politik durch die Linke freizugeben. Darin begründet sich die Parallele, die ich in meiner Reichstagsrede am 26. Februar zwischen dem Verhalten der

Weltpolitische Wochenschau

Geld und Politik

Der Kampf um das Panzerschiff. — Der Anschlaggedanke. — Das Gold und die Flottenreinigung in der Entente. — Eigenartiger Weltfriede. — Geldfragen Englands. — Australien „rettet sich“ mit Papiergeld.

is. Das Geld spielt in der Politik seit längerer eine große, oft sogar entscheidende Rolle, besonders in den Fragen der großen Politik. Verfehlt wäre aber die Ansicht, daß überall in der Politik das Geld der treibende und herrschende Tyrann sei. Ein flüchtiger Blick auf die unruhige Politik der letzten Woche allein schon widerlegt die weitverbreitete Anschauung von der Alleinherrschaft des klingenden Metalls. In Deutschland spielt im Reichstag der Kampf um das Panzerschiff B eine große Rolle. Die Reichsregierung steht sich gegenüber der Sozialdemokratie, die ihre Steuer- und sozialpolitische Gegenrechnung für ihre Stimmhaltung präsentiert, in einer etwas schwierigen Lage. Hier zeigt sich die verstärkte verhängnisvolle Abhängigkeit von der Sozialdemokratie, die durch den Anstieg der Rechtsopposition demittiert wurde.

Die Entscheidung des Bayerischen Staatsgerichtshofes, daß die Landtagsbeschlüsse, die nach der Demängelung des bayerischen Wahlverfahrens erlassen wurden, gültig seien, und die Annahme der neuen Wahlvorlage, haben in Bayern die politische Lage halbwegs geklärt. Man vermeidet dort noch die Möglichkeit politischer Aufregung und verläßt in Ruhe das Staatsgeschäft zu steuern. In Preußen zeigt das politische Barometer Sturm; denn das Volksbegehren des Stahlhelms auf Auflösung des Landtages ist zugelassen.

Nicht das Gold, sondern die Blüthenwanderung hat letzte das Freundschaftsbündnis zwischen Deutschland und Österreich immer fester. Der Besuch des deutschen Außenministers in Wien zeigte wieder, wie der Ungleich unserer Einrichtungen, der Austausch auf den Gebieten des Rechts und der Kultur, im Handel und Verkehr, der jetzt besonders gefördert werden soll, neue Fortschritte machte. Der leidige Geldmangel und die ewige Defizitwirtschaft legte in Österreich den Gedanken nahe, man solle einen Sparkommissar ernennen. Offiziell arbeitet dieser dann etwas schneller wie der deutsche Sparkommissar, dessen Veröffentlichung lediglich als historische Dokumente ganz interessant sind.

Geld regiert die Welt! Dieser Satz gilt von dem Ergebnis der Flottenverhandlungen zwischen England-Frankreich und Italien. Henderson, der englische Außenminister, konnte durch seine Reise nach Paris und Rom, Frankreich und Italien einigen. Das ärmere Italien trock zu Kreuzen. Das Machtverhältnis in den Kriegsstufen zwischen Rom und Paris bleibt nun in seinem alten Umfang bestehen und wenn Italien bis 1936 keine 130.000 Tonnen und Frankreich keine 136.000 Tonnen gebaut haben werden, dann wird das Kräfteverhältnis zwischen den beiden 2:3 betragen. Italien soll u. a. wegen einer Anleihe, die es von Paris erhalten will, nachgeben haben. Vor allem ging ihm beim Beträufeln der finanziellen Atem aus. Die italienische Presse übertrifft selbst, daß es England für sich gewonnen habe und läßt durchblicken, daß diese Freundschaft für Streitigkeiten und Gebietsgewinne in Afrika noch sehr vorteilhaft werden könnte. England amiet auf, da es für einige Zeit des Beträufelns mit Frankreich entzogen ist und Amerika ist froh darüber, daß die internationale Flottenabmachung nun gerettet ist. Jedenfalls hat hier das Gold, das in den Kellern von Paris liegt, Frankreich einen Sieg erkauft. Sein Rüstungsvorprogramm wird nicht angefaßt.

Und Deutschland? Man befürchtet bekanntlich, daß die Einigung auf Kosten Deutschlands gelingen sei, indem Frankreich bei der großen Abrüstungskonferenz im nächsten Jahre freie Hand gelassen wird.

Die Verurteilungen in der ausländischen Presse, daß der Weltfriede marschierte, seien nicht recht glaubwürdig aus. Nicht um Abrüstung ging es, sondern um eine Regelung der Aufrechterhaltung. Man kann das ganze dabei auch als Waffenstillstand zwischen Gegnern ansehen. Frankreich bestellte den einseitigen Chef seines Nachrichtenwesens beim französischen Armeekommando nach Innsbruck, von wo aus er die italienischen Grenzbesetzungen am Brenner besser beobachten kann. In Belgien fordert die Regierung demnach vom Parlament den ersten außerordentlichen Militärkredit von 300 Millionen. Die jüngsten Drohungen in der polnischen Presse und im polnischen Parlament, daß der Kampf gegen die deutschen Widerarbeiten noch verschärft werde, klingen alles andere als friedfertig und verböhmlich. Schließlich sei noch der Kulturkampf erwähnt, der in Litauen den Frieden des Alltags stört.

Geldfragen sind es, die der Arbeiterregierung in England Schwierigkeiten über Schwierigkeiten bereiten. Dazu kommt noch die „Einigung“ in Indien, die in England nicht ohne Widerspruch blieb. Der indische Vizeroing schloß mit dem Freiwirtschaftler Ghandi einen Vertrag, wonach die Indier die Freiwirtschaft einstellen, dafür aber die Engländer das konfiskierte indische Eigentum zurückgeben und den Rüstungsbehörden die Salzgewinnung aus dem Meer erlauben. Bekanntlich wehrte sich Ghandi gerade gegen das englische Salzmonopol, weil es eben das Zeichen englischer Herrschaft war. Englische Handelsfreiheit begriffen natürlich das Abkommen, das endlich ruhigere Verhältnisse gewährleistet. So gab England nicht zuletzt seinem goldbringenden Handel zuliebe in Indien nach.

Australien, das Land des praktischen Sozialismus, steht

Aus dem Reichstag

Berlin, 6. März. Der Reichstag beendete die zweite Lesung des Innenetats. Der kommunistische Mißtrauensantrag wurde mit 71 gegen 66 Stimmen bei 38 Enthaltungen abgelehnt. Angenommen wurden Entschlüsse, die fordern Neuregelung des Verhältnisses der Kirche zu Staat und Schule, beschleunigte Ratifizierung des Remarquefilms, falls der Hersteller ihn erneut vorlegt, Einbringung eines Reichsangehörigkeitsantrags, Codifikation des internationalen Rechts, Aufhebung des Streikverbots in lebenswichtigen Betrieben, Gleichstellung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung und ein Beamtengesetz.

Abgelehnt wurde die Einführung eines v. Schuljahres und die sofortige Aufhebung des Remarquefilmbots. Für die Hochschule für Politik wurden wieder 100.000 Mark bewilligt. Das Reichsmittelverbrauchs- und Anträge wegen eines Reichs-Kaufgesetzes gingen an die Ausschüsse. In erster und zweiter Lesung angenommen wurde der sozialdemokratische Gesetzentwurf, wonach verbotene Filme, wie der Remarquefilm, in geschlossenen Gesellschaften gezeigt werden dürfen.

Keine Verständigung über Panzerschiff B

Berlin, 6. März. In den Verhandlungen der Regierung mit den Sozialdemokraten ist auch heute ein Fortschritt nicht zu verzeichnen. Auf den Vorschlag des Kanzlers hin werden die sozialdemokratischen Unterhändler zunächst mit den zuständigen Ressortministern Dietrich und Siegelwald die verschiedenen Forderungen besprochen, die sie auf Steuer- und sozialpolitischen Gebiet erhoben haben. Der Kanzler hat seinen Vorschlag nochmals bedeutet, daß von einem Verzicht auf die Panzerschiffrate nicht die Rede sein könne. Der Reichswehrminister Gröner wird bei der am Montag beginnenden Wehrdebatte im Haushaltsausschuß diesen Standpunkt mit aller Entschiedenheit vertreten. Im übrigen hat es bis zur zweiten Lesung des Wehretats im Plenum noch gute Weile, da bekanntlich die ersten Tage der nächsten Woche überhaupt Sitzungsfrei bleiben und auch danach erst noch die Etats des Reichsarbeitsministeriums und des Auswärtigen Amtes erledigt werden sollen.



vor dem Bankrott. Da es an Geld fehlt, greift es nach dem
Rück des Papiers: Es will seine Finanzen mit einer Inflation
bereinigen.

Der Beleidigungsprozess des Berliner Bürgermeisters Scholz gegen Leo Slarek

Unter ungeheurem Andrang der Öffentlichkeit begann am
Donnerstag vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der Be-
leidigungsprozess des Bürgermeisters Scholz gegen Leo Sla-
rek. In einem Privatbeleidigungsprozess des Direktors der
Berliner Verkehrs-Gesellschaft, Privat, gegen drei Redakteure
der "Roten Fahne" im Juli v. Js. hatte Leo Slarek, der
damals aus der Haft vorgeführt und als Junge unendlich ver-
nommen wurde, erklärt, dass Bürgermeister Scholz und seine
Ehefrau auf dem Presseball 1929 Stundenlang Wasch der Prä-
der Slarek gewesen seien und dabei den Sekt aus Kübeln ge-
trunken und den Kaviar mit Köffeln gegessen hätten. In der
Verhandlung sind u. a. Stadtkammerer Dr. Lange und Frau,
Fran Oberbürgermeister Höf und Frau Bürgermeister
Schneider sowie der Stadtkammdirektor Schmidt als Zeugen
geladen.

Im Verlaufe seiner Vernehmung erhebt Leo Slarek be-
stimmte Angriffe gegen Bürgermeister Scholz. Er erklärt, Bür-
germeister Scholz habe unter Eid in dem Privatbeleidigungs-
prozess ausgesagt, dass er an seinem Tisch nur ein Glas
Rotwein getrunken und nur eine Viertelstunde an seinem
Tisch gesessen habe. Wahr sei jedoch, dass Bürgermeister Scholz
an dem Schöffengericht genau so lange gesessen und getrunken
habe, wie alle anderen. Er, Leo Slarek, habe für das Ge-
recht 60 Mark und für die Flasche Sekt 60 Mark bezahlt. Es
sei eben ein "Koch- und Saufabend" gewesen. Der Vor-
genannte vertritt sodann einen Vergleich herbeizuführen. Leo
Slarek will hiervon jedoch nichts wissen und verlangt, dass
in die Zeugenvernehmung eingetreten wird.

Der als erster Junge vernommene Amtsgerichtsrat Bues
kann sich nur noch erinnern, dass die Leo Slarek vorgelesen
habe, dass er Leo Slarek überhaupt nicht kenne. Bürgermeister
Scholz erklärte, dass er Leo Slarek überhaupt nicht kenne.
Ueber die Vorgänge auf dem Presseball erklärt Bürgermeister
Scholz, dass er bei einem Rundgang auf den Tisch des Stadt-
verordneten Hofenthal gestiegen sei, an dem auch Max Slarek
gesessen habe. Auf Einladung Hofenthals habe er einige Zeit
an dem Tisch gesessen, habe ein Glas Rotwein getrunken und
auf Kosten Hofenthals etwas Fisch gegessen, von Sekt oder
Kaviar habe er nichts gesehen. In den Slareks habe er kei-
nerlei gesellschaftliche Beziehungen gehabt.

Im weiteren Verlauf des Prozesses machte der Vor-
sitzende erneut einen Vergleichsvorschlag. Nach einer etwa
halbstündigen Pause gab Leo Slarek eine Erklärung ab, in
der er es bedauert, in der Erregung im Privatbeleidigungs-
prozess getrunken zu haben, dass auf dem Presseball 1929 für
sein Geld der Sekt aus Kübeln getrunken und der Kaviar mit
Köpfeln gegessen worden sei, wozu die Öffentlichkeit mit
Recht angenommen habe, dass sich diese Worte auch auf Bür-
germeister Scholz bezogen hätten. Daraufhin zog Bür-
germeister Scholz seinen Strafantrag zurück. Die Stellungnahme
des Oberpräsidenten, der für den Magistrat der Stadt Berlin
Strafantrag gestellt hatte, steht noch aus. Auch der Vertreter
der Anklagebehörde hat seinerseits zu dem Vergleich noch
keine Stellung genommen.

Der Führer der russischen Sozialdemokraten über den Menschewilensprozess

Berlin, 6. März. Die hier lebenden Führer der Auslands-
vertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rus-
lands, Abramowitsch und Dan, die in dem gegenwärtigen
Moskauer Prozess gegen die Menschewilen im Mittelpunkt
des Interesses stehen, machten heute nachmittags den Vertre-
tern der Presse Mitteilungen über ihre Stellungnahme zu
diesem Prozess. Zunächst sprach Dan eingehend über die rus-
sische Sozialdemokratische Partei im allgemeinen. Er hob
hervor, dass diese Partei, die heute in Russland verboten sei
und seitdem nur illegal, d. h. außerhalb der anerkannten po-
litischen Organisation arbeiten könne, den bewaffneten Kampf
trotz ihres ideologischen Gegensatzes gegen die Politik der Sow-
jetregierung ablehne. Als gewaltmäßigen Mittel des inner-
politischen Kampfes gegen die gegenwärtige russische Regie-
rung verwerfe die Partei grundsätzlich. Die Sozialdemokra-
tische Arbeiterpartei habe niemals irgendwelche Verbindungen
mit einer bürgerlichen russischen Gruppe und niemals
Emigration unterhalten, und selbstverständlich auch niemals
von einer derartigen Gruppe Geld erhalten. Von der deut-
schen Sozialdemokratischen Partei habe weder die Partei noch
ihre Auslandsvertretung in Berlin entgegen den Behauptun-
gen in der Anklageschrift in den Jahren 1929 bis 1930 auch
nur einen Pfennig erhalten.

Abramowitsch legte anhand von Dokumenten dar, dass er
in der aus der Moskauer Anklageschrift zu entnehmenden
Zeit — Ende Juli, Anfang August 1929 — unzulässig in
Moskau gewesen sein könne, sondern, dass er sich vom 2. bis
30. Juli in Wien in Redeburg zur Erholung aufgehalten
habe und über Berlin am 31. Juli nach Brüssel gereist sei,
wo er bis zum 12. August gewohnt habe. Dunderer von
Mitgliedern oder gewählten Mitgliedern der Sozialdemokra-
tischen Partei seien verhaftet worden. Von den Verhafteten
habe man im Laufe der Verhaftung 14 der jetzigen Angeklag-
ten ausgewählt, obwohl in der Anklageschrift die Namen an-
derer in Russland wohnender Personen genannt seien, denen
man schwerwiegende Vergehen vorwerfe, die man aber wahr-
scheinlich als unzulässige Mitglieder dieses Demonstrations-
prozesses befunden habe. Es handle sich um einen Akt im
Namen der Stalinschen Diktatur gegen die russische Totali-
tät. Viele der Angeklagten, insbesondere Groman und
Sudanoff, seien in führender Stellung tätig gewesen und als
die treuesten Mitarbeiter der alten Garde des Bolschewismus
bekannt. Man wolle dem russischen Proletariat seine letzte
Hoffnung auf Befreiung von der geschichtlich überlieferten
Diktatur nehmen. In der Anklageschrift werde viel von
Dokumenten, Flugblättern, Zirkularen und dergl. des ange-
klagten Unionsbüros gesprochen. Der Angeklagte Rubin solle
sogar direkte Instruktionen für Schlägerarbeit im Ver-
haft haben. Aber beziehungsweise liege der Anklage-
schrift kein einziges corpus delicti bei. Die konsequente
Selbstabstufung der Angeklagten seien nur aus der be-
sonderen Atmosphäre in Sowjetrußland zu erklären. Dazu
kämen die raffinierten Methoden neuerlicher Folterung,
durch die man anscheinend wenigstens diese 14 Leute dahin
gebracht habe, eine vereinbarte bewußt wahrheitswidrige
Ausgabe als das kleinere Übel zu betrachten.

Lübeck entschädigt die Opfer der Tuberkulose- Impfung

Lübeck, 6. März. Der Lübecker Senat hat der Lübecker
Bürgerchaft einen Schiedsgerichtsvertrag zur Genehmigung

Der Justizetat im württemberg. Finanzausschuß

Stuttgart, 6. März. Justizminister Dr. Beberle setzte sich
zu Beginn der heutigen Sitzung des Finanzausschusses mit
den Rednern des nehrigen Tages auseinander. Er dankte
den Parteirednern, die Worte der Anerkennung für den Rich-
terstand und die Justizverwaltung zum Ausdruck gebracht
haben und setzte sich dann mit den Rednern der Opposition
kritisch auseinander. Bei den Ausführungen des Ministers
fielen die Angriffe, insbesondere des kommunistischen Red-
ners, in allen wesentlichen Punkten in sich zusammen. Zur
Eidesfrage erklärte der Minister, daß die Eidesabnahme in der
religiösen Formel das Primäre sei; die Richter seien jedoch
angewiesen, die Parteien zu befragen, in welcher Form sie
den Eid leisten wollen. Das Staatsministerium habe eine
Entscheidung getroffen, wonach bei Prozessen, die der Staat
zu führen habe, — von besonderen Fällen abgesehen — ein
Anwaltswechsel stattfinden soll; der entsprechenden Entschie-
dung des Landtags werde somit Rechnung getragen. Der
Minister anerkannte, daß die Vergleichsordnung vom Jahr
1927 ihre Mängel habe. Es sei Sache der Reichsregierung,
hierin bald Wandel zu schaffen. Nach kurzer Debatte wurde
Kapitel 5 genehmigt. Der Antrag Bollmer (Komm.) betref-
fend die staatliche Unterstützung der kommunistischen Not-
hilfe wird gegen die kommunistische Stimme abgelehnt. In
Kapitel 6 (Gerichte, Staatsanwaltschaften und Notariate)
bringt der Berichterstatter Abg. Bod. Bürowitsch der Land-
tag vor. Ein sozialdemokratischer Redner wünscht Verbesse-
rung der Unterbringungsbedingungen der Untersuchungsgefangenen.
Ein Redner der Deutschen Volkspartei warnt vor Unter-
schätzung des Konfuzius-Referates beim Stuttgarter Amts-
gericht. Hier sei der viele Wechsel der Amtsrichter
unerwünscht. Minister Beberle erklärte, daß die Konver-

vorgelegt, in dem der Staat die volle Entschädigungs-
pflicht gegenüber den durch die Tuberkuloseimpfung Geschädigten
anerkennt und die Feststellung dieser Schäden einem Schieds-
gericht überträgt, dessen Entscheidungen unter Ausschluss des
ordentlichen Rechtswegs endgültig sein sollen. Gleichzeitig
beauftragte der Senat bei der Bürgerchaft, zur Deckung der
Kosten der Delfürsorge für die nach dem Calmetteverfahren
behandelten Kinder einen Betrag von 200.000 RM. für das
Rechnungsjahr 1930 und einen gleichen Betrag für das Jahr
1931 in den Etat einzustellen. Eltern, deren Kinder infolge
der Calmette-Impfung gestorben sind, erhalten auf Antrag
ohne besonderen Nachweis eine einmalige Zahlung von 300
Mark.

Der Riesenkrach im französischen Flugwesen

Paris, 6. März. Ueber den Krach der Compagnie Aero-
Postale, die die Fluglinie nach Südamerika betreibt, werden
allmählich nähere Einzelheiten bekannt. Nach dem "Figaro"
betragen sich die Passiven der Gesellschaft auf 250 Millionen,
während die Aktiven rund 15 Millionen betragen. Die An-
lagewerte der Compagnie werden auf 175 Millionen geschätzt.
Doch sind sie durch hypothekarische Sicherstellungen einer Obli-
gationsanleihe von 196, nach anderen Angaben von sogar 195
Millionen überbelastet. Dazu kommen aber auch noch die
Unterbilanzen bei den Tochtergesellschaften, die die Compagnie
in Uruguay, Argentinien und anderen südamerikanis-
chen Staaten gegründet hat. Die "Dumaine" plant daher
behaupten zu können, daß das gesamte Defizit sich auf 447
Millionen belaufe.

Veröffentlichung des indischen Friedensprogrammes

London, 5. März. Das Abkommen zwischen Gandhi und
dem Vizekönig von Indien ist jetzt veröffentlicht worden. Es
sieht die Beendigung des Streiks des indischen Ungehorsams
sowie den Verzicht auf Boykottierung englischer Waren als
eine politische Waffe vor. Die wegen zivilen Ungehorsams
zu Gefängnis verurteilten Personen, die sich keiner Gewalttat
schuldig gemacht haben, werden auf freien Fuß gesetzt. Der
Boikottierung der Salzgebiete, insbesondere ihrem armenen
Teil, wird gestattet, Salz zum Hausgebrauch oder zum Zweck
des Verkaufs in den Dörfern herzustellen. Das "Wirtschaften"
vor den Kaufhäusern wird erlaubt, wenn es keinen schädlichen
Charakter trägt. Verschiedene Verordnungen, die während
des Streiks des indischen Ungehorsams erlassen worden sind,
werden aufgehoben. Der Verkauf und der Ankauf britischer
Waren soll ungehindert geschehen können.

Die Auflösung der türkischen Nationalversammlung

Angora, 5. März. Die Nationalversammlung hat die
Auflösung des Parlaments beschlossen. Die Neuwahlen wer-
den unverzüglich stattfinden. Vor dem Beschluß über die
Auflösung setzte die Nationalversammlung die Abgeordneten-
büden von 500 auf 250 türkische Pfund bezah. Auf Grund
der türkischen Verfassung machen die Neuwahlen zum Parla-
ment auch eine Neuwahl Mustafa Kemals zum Präsidenten
der Republik notwendig.

Professor Loos-Feier im Carolinum in Frankfurt

Die medizinische Fakultät der Universität veranstaltete
gemeinsam mit der Verwaltung der Stiftung Carolinum
Montag vormittag eine würdige Feier zu Ehren des 60. Ge-
burtstages des Leiters des Carolinums Prof. Dr. Loos
(geb. Württemberg — aus Neuenbürg). Im neuen Hörsaal
des Instituts versammelten sich die Mitglieder der medi-
zinschen Fakultät, um ihrem derzeitigen Dekan Dr. Loos,
darunter der Rektor der Universität Prof. Dr. Fischer-Walsel,
die Vertreter der Stiftung, zahlreiche auswärtige Gelehrte
und Vertreter der Zahnheilkunde und die Studierenden, um
dem Forscher und Gelehrten und vor allem dem Menschen
Loos eine Ehrung besonderer Art zu erweisen.

Für die medizinische Fakultät sprach Professor Dr.
Wantsch, der mit tiefempfindenden Worten die Verdienste von
Professor Loos um die wissenschaftliche Förderung der Zahn-
heilkunde würdigte. Als Ehrengabe überreichte er die Festschrift
der zahnärztlichen Zeitschrift. Die Stiftung Caro-
linum dankte durch Justizrat Dr. Böhnen für die erfolgreiche
Arbeit, die Loos in den einundhalb Jahrzehnten seines Frank-
furter Wirkens geleistet hat, durch die das Frankfurter In-
stitut zu der führenden zahnwissenschaftlichen Forschungs-
und Lehrstätte Deutschlands geworden ist. In den Worten,
die Professor Dr. Wulser namens der Mitarbeiter des Caro-
linums an Professor Loos richtete, fand die Verehrung und
Wertschätzung Ausdruck, die gerade in den Kreisen der eng-
sten Berufsgenossen dem Jubilare zuteil wird.

Eine große Reihe wissenschaftlicher Verbände schlossen sich
diesen Glückwünschen an: für den Reichsverband deutscher

Verhältnisse bei den Stuttgarter Gerichten beengt seien durch
die Art der Bauten. Manches sei besser geworden. Das Mi-
nisterium plane einen Neubau in Cannstatt, bei dem dann
auch für die Untersuchungsgefängnisse Raum geschaffen wer-
den soll. In Stuttgart sei ein Neubau für die Gefängnisse im
Entstehen begriffen. Hinsichtlich des Mietwunders seien er-
hebliche Strafen ausgesprochen worden. Wo keine Anzeige
erfolge, könne auch nicht eingegriffen werden. Ein Antrag
Hof-Andre-Bösch (Jr.) geht dahin, das Staatsministerium
zu ersuchen, in Erwägung darüber einzutreten, wie es sich
ermöglichen läßt, den Landjägern für dienstliche Benützung
eigener Schreibmaschinen eine billige Entschädigung zu ge-
währen. Der Antrag wurde nach kurzer Debatte bis zur Be-
ratung des Staats des Innenministeriums zurückgestellt. Ka-
pitel 6 wird genehmigt. In Kapitel 7 liegen Eingaben hin-
sichtlich der Regelung der Dienstreise in den Strafanstalten
vor. Der Justizminister gab die Zahlen über den Gefangen-
nenbestand bekannt. Trotz aller Schwierigkeiten habe sich der
Gefangenenenbestand nicht vermehrt. Er betrug am 1. Januar
1931 1728. In Schwab. Hall schreite der neue Gefängnisbau
rasch voran. Auf dem Alberg sei die Krankenabteilung wesent-
lich vergrößert worden. Auch in Ulm sei die Gefängnis-
krankenabteilung erweitert und verbessert worden. In Göt-
teszell (weibliche Strafgefangene) würden Ausbildungslehre
verschiedener Art (hauswirtschaftliche und erzieherische) durch-
geführt. Ueber die Dienstreise in den Strafanstalten gab
Ministerialrat Roth Auskunft. Die Einführung der 51-
Stundenwoche müsse abgelehnt werden, da eine Personalver-
mehrung notwendig wäre. Auf Reaktivität folge immer ein
freier Tag. In der Aussprache wurden die Verhältnisse in
den Strafanstalten eingehend besprochen. Die Unterbringung
der Gefangenen, ob sie geschlechtskrank sind, wird allgemein
entworfunden. Die Zahlenergebnisse sind sehr ernst zu nehmen.
Nach eingehenden Erwiderungen des Ministers wurde auch
Kapitel 7 und damit der ganze Justizetat genehmigt. Fort-
setzung Samstag vormittag 9 Uhr.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 7. März. Die Ausflüchter der Entschädigungs-
ursache des Brandunglücks in Conweiler hat nicht lange auf
sich warten lassen. Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt
wird, wurde unter dem Vorbehalt der Brandstiftung noch in
der gleichen Nacht einer der Brandgeschädigten verhaftet, der
jetzt auf dem Polizeipräsidium in Stuttgart ein umfassendes
Gefändnis abgelegt hat, das Feuer selbst gelegt zu haben.

Neuenbürg, 7. März. Zwei Wochen nur trennen uns
von Frühlingsanfang und doch sieht es so aus, als ob es erst
Winter werden sollte. Der Matsch des tauenden Schnees in
den Straßen ist seit einigen Tagen verschwunden, was noch
vorhanden war, ist zu hartem Eis geworden und auf diese
Schicht schneit es unanständig. Berg und Tal sind in eine
tiefe Decke gehüllt. Das Barometer zeigt fünf Grad Kälte
an. Der Tierfreund wird von neuem eingreifen müssen.

Neuenbürg, 7. März. (Neudruck von Frachtbriefen.) Von
der Reichsbahndirektion wird mitgeteilt: Vor einiger Zeit
wurde in der Tagespresse auf die Möglichkeit aufmerksam ge-
macht, daß das jetzt gültige Frachtbriefmuster mit Rücksicht
auf notwendige Vereinfachungen und Verbesserungen des
Küffertigungsdienstes in absehbarer Zeit geändert werden
muss. Im Zusammenhang damit wurde den Verkehrsleitenden
empfohlen, beim Neudruck von Frachtbriefen die Auf-
lagen nicht zu hoch zu bemessen. Diese Mitteilung ist dahin
zu ergänzen, daß aller Voraussicht nach, wenn das jetzige
Frachtbriefmuster geändert werden muss, der Reichsverkehrs-
minister nach der bisherigen Übung eine nicht zu knapp be-
messene Ausdrucksfrist bewilligen wird.

(Wetterbericht.) Die Annäherung einer Depressions-
zone bringt das Barometer zum Sinken. Für Sonntag
und Montag ist wieder mehrschichtig bedecktes, veränderliches Wet-
ter zu erwarten.

Wiesbaden, 6. März. Am 1. März hielt der landwirt-
schaftliche Ortsverein die jährliche Generalversammlung ab. Zu-
nächst gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Bezirksver-
einsvorsitzenden, Herrn Oberamtsrat Müller, in ehrenden
Worten, die Mitgliederzahl beträgt noch 67. Zum erziehen-
den Vorstand wurde Kurt Delschläger durch Jurist ge-
wählt. Zur Mitgliedsfrage wurde angeführt, daß bei den
letzten bestehenden Preisen für Kraftfutter der Preis für ein
Pferd Milch vom Erzeuger zum Verbraucher, mit 26 Pf., an-
gesetzt werden müsse. Anschließend ergriff Landwirtschafts-
Inspektor Fietich das Wort zu seinem Vortrag "Neuzeit-
licher Viehwirtschaft". Diplomlandwirt Jis hielt hierauf
einen Vortrag über "Züchtung der Kulturpflanzen". Der
Vortrag wurde auf der Einladung gebräutet und ungedüngte
Pflanzen und Acker in dem Film "Der Schwigghofer und seine
Burg". Der praktische und humoristische Teil waren trefflich
einander verflochten, jeder kam auf seine Rechnung. Um
10 Uhr schloß der Vorstand die Versammlung, dankte
den beiden Rednern und richtete den Appell an die Anwesenden,
das Geheiß in die Tat umzusetzen.

Dobell, Schneehöhe 30 Zentimeter, davon 5 Zentimeter
Reischnie, Pulver, leichter Schneefall, etwas verweht, 7 Grad
Kälte, Wind, bedeckt. Elsbahn sehr gut.

Zahnärzte und die Arbeitsgemeinschaft zahnärztlicher Stan-
desvertretungen sprach Dr. Reimert (Münster), für den
zahnärztlichen Verein Frankfurt Dr. Degler, der die Urkunde
zur Ernennung des Ehrenvorsitzenden überreichte, für den
Zentralverband deutscher Zahnärzte und die internationale
zahnärztliche Vereinigung Professor Schütter (Stuttgart), für
die Deutsche Gesellschaft für dentale Anatomie und Katho-
logie Professor Siegmund (Köln) und für die Arbeitsgemein-
schaft für Parodontologie-Forschung Dr. West (Berlin). Durch
die Ausführungen des früheren Militärarztes Dr. Jäger
(Darmstadt) fanden die besonderen Verdienste des Jubilars
um die Deutung der Kieferverletzungen ihre Würdigung. Der
Direktor der Frankfurter Schulzahnklinik Dr. Volck schloß
sich den Glückwünschen namens der Schulzahnärzte und der
gesamten sozialen Zahnheilkunde an. Zwei Vertreter der
studierenden Jugend verbanden mit ihren Glückwüns-
chen den Dank der Schüler an ihren akademischen Lehrer.
— In einer bewegten Ansprache dankte Professor Loos allen
Gratulanten. Die Glückwünsche und Ehrungen, die ihm zu-
teil geworden seien, müsse er in vielfacher Hinsicht an seine
wissenschaftlichen Mitarbeiter und persönlichen Freunde zu-
rückgeben, denn nur durch deren Anregungen und Mitwir-
kung sei es ihm möglich gewesen, das Seine für die zahn-
ärztliche Wissenschaft und den Stand der Zahnärzte zu leisten.

Im Laufe des Tages trafen mehr als 500 telegraphische
und schriftliche Grüße, sowie eine große Anzahl Blumenbesen-
den ein und am Abend brachte die Studentenschaft einem
Festzug von 150 Teilnehmern.

Zimmerberg-Wildbad. Schneehöhe 60 Zentimeter, davon 10 Zentimeter Reuschnee, Pulver, minus 8 Grad, Schneefall. Stübchen ausgezeichnet bis ins Tal.
Grünhütte. Schneehöhe 70 Zentimeter, davon 10 Zentimeter Reuschnee, Pulver, minus 9 Grad, Schneefall. Sehr gute Stübchen.
Langenbrand. Schneehöhe 40 Zentimeter, zur Zeit Schneefall, Ostwind, 8 Grad Kälte. Stübchen gut.

Baden.

Bruchsal, 6. März. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe stellte gestern nachmittag einen Versuchszug zusammen, bestehend aus einer Schnellzuglokomotive mit drei Wagen, um eine Schnellfahrprüfung vorzunehmen. Als Heizer bediente der 29 Jahre alte Württemberger aus Untergrömbach die Maschine. Er schaltete zwischen Untergrömbach und Bruchsal nochmals das Feuer, um die Geschwindigkeit zu erhöhen, wobei ihm der Schürhaken mit voller Wucht ins Gesicht flog, so daß ihm die untere Gesichtshälfte vollständig weggerissen wurde. Er mit über 100 Kilometer laufende Pöbergang wurde in der Station Bruchsal sofort zum Stehen gebracht und der Schwere verletzt. Er wurde in das St. Symeon-Hospital eingeliefert. Dem Schwereverletzten wird es in den Umständen entsprechend beschieden.
Hammerleibach bei Koblach im Schwarzwald, 6. März. Der 45jährige Arbeiter Johann Berger wurde morgens 300 Meter von seiner Wohnung entfernt lebend aufgefunden und verschied bald darauf in seiner Wohnung. Er scheint ein Opfer der Kälte geworden zu sein. Berger war tags zuvor in Wöllingen und heute den Weg dahin und zurück im hohen Schnee zu Fuß gemacht. Offenbar

haben ihn auf dem Heimwege, wenige hundert Meter von der Wohnung entfernt, die Kälte ertötet, so daß er den Rest der Nacht bei 15 Grad Kälte draußen zubringen mußte.

Neueste Nachrichten.

Paris, 6. März. In den Wandelgängen der Kammer kam es heute nachmittag zu einem Zusammenstoß zwischen dem sozialistischen Abg. Raillon und dem Unterstaatssekretär im Kolonialministerium Diarne bei einer Diskussion über die Zwangsarbeit in den Kolonien. Diarne, der selbst aus den Kolonien stammt, verteidigte die Zwangsarbeit und ließ dabei eine den Direktor des Genfer Arbeitsamtes, Albert Thomas, hrochwürdige Äußerung fallen, worüber es zu einer Schlägerei zwischen ihm und dem Abgeordneten kam. Sozialdemokraten mußten im Verein mit einigen Abgeordneten eingreifen, um dem Zwischenfall ein Ende zu machen.

Absehungsverhandlungen

über den deutsch-rumänischen Handelsvertrag

Berlin, 5. März. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, beginnen morgen die Wien die Absehungsverhandlungen über den deutsch-rumänischen Handelsvertrag. Die deutsche Delegation steht unter Leitung des Ministerialdirektors Bosse vom Reichswirtschaftsministerium. Als Vertreter des Auswärtigen Amtes nimmt Geheimrat Windel an diesen Verhandlungen teil.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Schriftleitung nur die redaktionelle Verantwortung.)
Birkenfeld, 6. März. Der Bericht vom 2. ds. Mts., betr. die Wahl zum Kirchengemeinderat, hat hier einiges Kopfschütteln verursacht, nicht nur wegen seiner Unvollständigkeit. Es gibt hier viele nichtpolitische Kirchenglieder, insbesondere unter den Frauen, welche Männer von bewährtem kirchlichem Sinn ihre Stimme geben wollen ohne Ansehen der Partei. Deshalb gestatten wir uns, ohne un dankbar zu sein, die sog. „Einheitsliste“ auch unter dem Gesichtspunkt der Verjüngung wie folgt zu berichtigen: Arnold, Hugo, Proturik; Bacher, Heinrich, Gipfermeister; Doppfel, Paul, Bezirksnotar; Fix, Karl, Schuhmachermeister; Däuser, Wilhelm, Goldarbeiter; Döll, Friedr., Schneidermeister; Küsterer, Karl, Kabinettmeister; Lang, Leo, Hauptlehrer; Müller, Eugen, Kabinettmeister; Braun, Job., Oberlandjäger; Eisele, Robert, Goldarbeiter; Fix, Karl, Metzger und Landwirt. Bekanntlich besteht keine Frist für Beschlüsse.

Humor

Geblich belästigt.

Die Viesel kommt mit einem Strafzettel folgenden Inhalts nach Hause: „Du Kleine schwätzt immer, ohne gefragt zu werden.“ — Der Vater bekommt den Zettel in die Hand und schreibt an das Fräulein Lehrerin: „Die Kleine kann nichts dafür, das hat sie von der Mutter!“

Landeskirchenwahl.

Die Gruppe I braucht die Vorherrschafft im Landeskirchentag, die die Gegenseite als verhängnisvoll bezeichnet, nicht zu erkämpfen, denn sie hat sie schon längst.

Was wir wollen, geht aus unserem Flugblatt deutlich hervor und ist von unseren Kandidaten klar gezeigt worden.

Es ist merkwürdig, warum die Gruppe II sich so daran aufhält, daß das Kirchenvolk auch in unserem Bezirk entscheiden soll. Wie reimt sich dies mit der vielgepriesenen Gleichberechtigung zusammen?

Wir sehen der Entscheidung mit Ruhe entgegen und unterwerfen uns ihr auch.

Wer sich hinter unseren hochgeachteten Kirchenpräsidenten D. Wurm stellt, wählt Gruppe I, deren

Spitzenkandidaten Doppfel.

Herrenalb.

Zwangsversteigerung.

Am Montag den 9. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, versteigere ich in Gaistal
 eine Nähmaschine, einen Schrank, eine Flurgarderobe, einen Tisch, vier Stühle, ein Büfett, einen Blumenständer, ein Sofa, ein Vertikoo, eine Waschkommode, einen Weber-Badofen und zirka 100 Zentner Heu
 öffentlich gegen Bar.
 Zusammenkunft beim Schulhaus in Gaistal.
 Reibel, Gerichtsvollzieher.

Schützen-Verein Neuenbürg e. V.
 Am Samstag den 14. März 1931, abends 8 Uhr, findet im Lokal (Kiefer) unsere jährliche

Generalversammlung

statt.
 Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Neuwahlen, 4. Beratung evtl. gest. Anträge, 5. Verschiedenes.
 Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet
 das Schützenmeisteramt.

Wirtschaft zum „Bahnhof“, Haltestelle Engelsbrand.

Die umständehalber am letzten Sonntag ausgefallene
Eröffnung
 findet nun bestimmt morgen Sonntag statt.
P. Kronenberg u. Frau.

Gewerbe-Verein Birkenfeld.

Zu der am Montag den 9. März 1931, abds. 1/2 7 Uhr, im Gasthaus zum „Adler“ stattfindenden
ordentl. General-Versammlung
 laden wir unsere Mitglieder höflich ein.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Ergänzungswahlen.
4. Anträge, Beschwerden und Verschiedenes.

Anschließend an diese Versammlung findet um 1/2 9 Uhr eine gemeinschaftliche Versammlung mit dem **Bürger-Verein** statt mit dem Thema:

Rathausbericht.

Zu dieser gemeinschaftlichen Versammlung haben auch bürgerlich gesinnte Nichtmitglieder Zutritt.

Der Vorstand.

Birkenfeld.

Eine hochtrachtige **Ralbin** und ein Paar starke **Läufer Schweine** sind zu verkaufen.
Gartenstraße 48.

Leitz-Ordner
Leitz-Locher
 Ablage-Mappen empfiehlt
C. Meeh'sche Buchhdlg.

Gemeinde Birkenfeld.

Brennholz-Verkauf.

Kommenden Dienstag den 10. ds. Mts., abends 7 Uhr, kommen im Gasthaus zum „Adler“ hier im öffentlichen Ausschreibungs-Verkauf:
 Aus den Abl. V 1 Ebersberg, 17 Leichfeldwäldle und 21 Hekt. alter Hau:
28 Am. Laubholz, 97 Am. Nadelholz.
 Birkenfeld, den 6. März 1931.
 Gemeindepflege: Heß.

Frauenarbeitschule Neuenbürg.

Beginn des neuen Kurzes für **Wäsche- und Kleidernähen:**
Mittwoch, 22. April 1931, vormittags 8 Uhr.
 Kursdauer: 22. April bis 25. Juli 1931.
 Anmeldungen von Ganztagschülerinnen, Vormittags- und Nachmittagschülerinnen und solchen Frauen und Mädchen, welche die Schule nur gastweise an einzelnen Wochentagen besuchen wollen, werden sofort, spätestens bis 31. März angenommen.
 Auskunft wird jederzeit erteilt.
 Die Schulleitung.

Erklärung.

Die unter dem Wahlauftrag der Gruppe I befindlichen Unterschriften sind nachweislich gegeben worden.

Bezirksnotar Doppfel.

Zur Landeskirchenwahl!

Die Gruppe II nimmt für sich in Anspruch, sich der entfremdeten Arbeiterschaft anzunehmen. Gleichzeitig will man in Gruppe II auch mit den Gebildeten Fühlung nehmen. Wie denkt man sich die Durchführung dieses Programms? Wir Arbeiter wollen, daß in der Kirche das Wort Gottes klar und unvermengt gepredigt wird. Wir sehen auch da wo dies geschieht, den besten Kirchenbesuch. Wir wollen in der Kirche keinen Vorzug vor anderen und verlangen von den Pfarrern nicht, daß sie einmal zu den entfremdeten Arbeitern herunter- und dann zu den gebildeten Herren hinaufsteigen, sondern daß sie jedermann das ermahnende, strafende und aufrichtende Wort Gottes predigen und sich als die Diener Jesu beweisen. Vor 12 Jahren hat den Herrn Bozenhardt die demokratische Partei als den liberalen Kandidaten empfohlen (im Enzfelder) und heute ist der Vorstand des Aldeutschen Verbands mit ihm auf dem Wahlzettel. Arbeiter, merkt ihr nichts?
 Soll es in der Kirche solche Schwankungen geben? Wählt den Kandidaten der Gruppe I, Notar Doppfel, der seit 1919 seine Gesinnung offen bekannt und nicht gewechselt hat.

Stadtgemeinde Calw.

Zu dem am nächsten Mittwoch den 11. März 1931 stattfindenden

Krämer-, Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt

ergeht Einladung.
 Die üblichen gesundheitspolizeilichen Bedingungen bezüglich des Pferde-, Vieh- und Schweinemarktes sind einzuhalten. Ueber die Dauer des Krämermarktes dürfen größere Fuhrwerke, namentlich Frischwagen und beladene Langholzwagen, den Marktplatz nicht befahren.
 Calw, den 6. März 1931.
 Bürgermeisteramt: Bühner.

Zur Landeskirchenwahl!

Die Kandidaten haben sich nun da und dort den Wählern vorgestellt und ihr Programm entwickelt. Zwar haben die Anhänger von Herrn Apotheker Bozenhardt diesmal ihre Werbetätigkeit nicht für die Gruppe 2, der er angehört, sondern für seine Person entfaltet. Sie befinden sich dabei im Gegensatz zu ihrem eigenen Flugblatt, das ausdrücklich die Gruppe 2 empfiehlt. Selbst wenn, wie behauptet wird, kein Gruppenzwang besteht, so haben doch diejenigen, die die Wahlreden gehört haben, deutlich gemerkt, daß es sich um zwei voneinander unterschiedene Gruppen handelt, die im Landeskirchentag bisher vertreten waren. In vielen Bezirken scheiden sich nun auch die religiösen Sozialisten von ihren bisherigen Freunden und bilden eine eigene Gruppe. Der Vertreter der Gruppe 1, Notar Doppfel, der auf kirchlichem Gebiet kein Neuling ist, hat sein Programm ruhig, sachlich und bestimmt vorgetragen und seine Stellung zu Kirche und Christentum klar bekannt. Eine Auseinandersetzung darüber, warum überhaupt ein zweiter Kandidat aufgestellt worden ist, lehnte er mit der Begründung ab, daß er von Vertretern sämtlicher Kirchspiele gebeten worden sei, sich zur Verfügung zu stellen und daß er daraus entnehme, daß das Kirchenvolk sein Recht, nach 6 Jahren zu wählen, ausüben wolle. Wenn die Gegenseite behauptet, man hätte einen gemeinsamen Wahlvorschlag einreichen wollen, so stelle er fest, daß an ihn niemand herangetreten und insbesondere auch nicht bekannt gewesen sei, ob die religiösen Sozialisten nicht ebenfalls einen Wahlvorschlag aufstellten. Außerdem ist in unseren Nachbarbezirken die Gruppe II ebenfalls aufgetreten, obwohl die Gruppe I bisher den Abgeordneten stellte. Die Behauptung seines Gegenkandidaten, die Gruppe I sei die Gruppe der Gemeinschaften, konnte er leicht mit der Tatsache widerlegen, daß die Abgeordneten, die einer Gemeinschaft angehörten, den geringsten Teil der Gruppe I ausmachten, sowie daß bedeutende Mitglieder der Gruppe I, z. B. Ministerialdirektor Dr. Fischer und Generalstaatsanwalt Köcher keine Gemeinschaftsmitglieder seien. Bei der Wahl des Kirchenpräsidenten sei Prälat D. Wurm, Gruppe I, dem Prälaten D. Schoell, Gruppe II, vorgezogen worden. Er wehrte sich dagegen, daß dem Kirchenpräsidenten wegen seiner politischen Stellung von seinen Gegnern der Vorwurf gemacht werde, er sei kein Freund der Arbeiter. Präsident D. Wurm war bekanntlich 1919 Mitglied der versorgunggebenden Landesversammlung und hat sich damals schon zu der deutschnationalen Volkspartei bekannt. In seiner Eigenschaft als Abgeordneter habe er der Kirche in schwerster Zeit Vieles genützt. Schon ihm, dem Kirchenpräsidenten, seien es seine Freunde schuldig, ihre Sache zu vertreten. Obwohl abgemacht war, persönliches zu vermeiden, beschäftigt sich die Wahlrede des Kandidaten der Gruppe II mit einer vor sechs Jahren von einem Wahlberechtigten bekanntgegebenen öffentlichen Erklärung. Da der betreffende Verfasser an seiner Aufstellung völlig unbeteiligt ist, brauchte sich Notar Doppfel auf die Angelegenheit gar nicht einzulassen. Daß die Gr. II trotzdem wiederholt darauf zurückkam, ist unverständlich. Bezüglich der kirchlichen Verwaltung trat Notar Doppfel für Sparsamkeit ein und entwickelte den Gedanken, anstelle der Pfarrer zur Erstellung des Religionsunterrichts billigere Kräfte wie Lehrer, Gemeindeglieder heranzuziehen. Die Notwendigkeit der Hochschulausbildung der Pfarrer hat er ausdrücklich bejaht. Daß auch die Kirche auf die Dauer ihre Befolgungen schwer aufbringt, ist klar, darum wird jeder Vorschlag zur Sparsamkeit vom Steuerzahler gerne gehört. Unverständlicherweise sind dem Kandidaten Doppfel von kirchlicher Seite teilweise gewisse Schwierigkeiten gemacht worden. Hieraus kommen wir noch zurück.

So viel glauben wir aber vermuten zu können, daß die betr. Herren ihrer eigenen Sache einen schlechten Dienst erwiesen haben und daß sich Wahlwerber aus ihren Reihen eine solche Behandlung wohl nicht gefallen liehen.



Bekanntmachung.

Nachdem bei der Abstimmung sich die Mehrheit der beteiligten Handwerker für die Einführung des Beitrittszwangs erklärt hat, wird hiemit angeordnet, daß mit Wirkung vom 1. Mai 1931 an eine Zwangsinnung für das Schlossergewerbe für den Oberamtsbezirk Neuenbürg mit dem Sitz in Neuenbürg errichtet wird.

Von dem genannten Zeitpunkt ab gehören alle Gewerbetreibenden, die das Schlosserhandwerk betreiben und in die Handwerksrolle der Handwerkskammer Reutlingen eingetragen sind, dieser Innung an.

Zugleich wird auf denselben Zeitpunkt die freie Schloßerinnung Neuenbürg-Wildbad in Neuenbürg geschlossen.

Neuenbürg, den 4. März 1931.

Oberamt:
Schmid, Regierungsrat.

Stadtpflege Neuenbürg.

Brennholz-Verkauf

am Montag den 9. März 1931, abends 6 Uhr, im Rathaus Neuenbürg.

Zum Verkauf kommen aus den Stadtwaldabteilungen Buchberg, Nitzebene, Ugenberg, Heuberg, Hohrain, Dachsbad und Eifenitz:

- 8 Km. eichene Prügel,
- 12 Km. buchene Scheiter,
- 167 Km. buchene Prügel,
- 462 Km. tannene Prügel I. Klasse,
- 45 Km. tannene Prügel II. Klasse.

Stadtpfleger Essich.

Gemeinde Birkenfeld.

Holzhandlung-Altford.

Am Montag den 9. ds. Mts., abends 6 Uhr, kommt auf dem Rathaus das Aufbereiten des Scheidholzes aus den hiesigen Gemeindeväldungen im öffentlichen Aufsteig zur Vergebung.

Nähere Auskunft erteilt Förster Ehmann.

Birkenfeld, den 6. März 1931.

Gemeindepfleger: Hees.

Birkenfeld.

Ein Lehrling

wird zur gründlichen Ausbildung angenommen.

Möbelfabrik Walz,
Telefon 4904.

Familien-Drucksachen

Besuchskarten
Verlobungsanzeigen
Vermählungsanzeigen
Geburtsanzeigen
Dankfagungskarten
Glückwunschkarten usw.

liefert in vornehmer Aufmachung äußerst preiswert

C. Mees'sche Buchhandlg

Brennholz-Versteigerung

des Forstamts Mittelberg in Eittingen Donnerstag den 12. März 1931, vormittags 9 Uhr, in der „Bergschmiede“ im Holzbahtal aus Distrikt IV und V (Abt. 77-88, 90-92, Förster Kunz, Schielberg), VI und VII (Abt. 100, 107, 112-120, Förster Geisler, Langenalb) 1100 Ster meist buchene Scheit- und Prügelholz und 10 Ster Schindelholz.

Zur Wahl zum Landeskirchentag.

Wir empfehlen den Kandidaten der Gruppe I
Bezirksnotar Dopffel in Birkenfeld.

Erfahrungsmänner:

Bürgermeister Hörnle in Calmbach und Plagmeister Klingenmayer in Waldrennack als unabhängige Vertreter des Kirchenvolks zur Wahl.

Wähler wählt recht zahlreich!

Karl Bachteler, Landwirt, Ottenhausen, Karl Barth, Plagmeister, Calmbach, Jakob Bärner, fr. Gemeindepfl., Joh. Bärner, Kabinettmeister, Pfarrer Beck, Ottenhausen, Karl Bender, Ortschulratsmitglied, Loffenau, Robert Bertsch, Metzgermeister, Feldrennack, Fabrikant Beyer, Neuenbürg, Amtsdienere Bischoff, Langenbrand, Friedrich Biehlholder, Kabinettmeister, Birkenfeld, Bürgermeister Boger, Nibelsbach, Uhrmachermeister Bött, Wildbad, August Bött, Meister, Calmbach, Bez.-Notar Brehm, Wildbad, Oberinspektor Budeck, Höfen, Ernst Bühner, Fasser, Ottenhausen, Ernst Bürkle, Baumwart, Feldrennack, Sattlermeister Bürkle, Birkenfeld, Diplom.-Ing. Burkhardt, Herrenalb, G. Diez, Dreher, Höfen, Gemeindepfl. Dittus, Calmbach, Friedrich Dittus, Bauer, Birkenfeld, Ehr. Dufz III, Gemeinderat, Conweiler, Christian Eberhard, Goldarbeiter, Neuenbürg, Schreinermeister Epling, Barmalter Fink, Fritz Fick, Pension Jungborn, Wildbad, Hauptlehrer Fielshle, Biefelsberg, Bäckermeister Freg, Loffenau, Oberlehrer a. D. Fren, Birkenfeld, Schreinermeister Funk, Döbel, Adolf Füeh, Kabinettmeister, Gräfenhausen, Pfarrer Gaiser, Schönbach, G. Gehring, Einismacher, Ottenhausen, Fabrikant H. Gollmer, Neuenbürg, Adolf Großmann, Waldhütter, Ottenhausen, Hauptlehrer Gugeler, Igelstöck, Altschultheiß Häberlein, Karl Hartmann, Mechaniker, Calmbach, Adolf Friedr. Hauber, Hotelier, Herrenalb, Forstmeister Haug, Wildbad, Kirchenpfl. Herb, Neusach, Bürgermeister Herrmann, Schönbach, Dentist Himlin, Herrenalb, Ochsenwirt Höll, Feldrennack, Altschultheiß Höll, Arnbach, Friedr. Jäck, Schreinermeister, Feldrennack, Kirchenpfl. Kalmbacher, Engelsbrand, Knopfabrikant Keller, Oberhausen, Karl Keller, Maurermeister, Döbel, Barmalter Keller, Wildbad, Sägewerksbes. Keppler, Calmbach, Bürgermeister Kircher, Gräfenhausen, Maurermeister Kircher, Rotenjol, Oberpostschaffner Kircher, Neuenbürg, Karl Klein, Schlossermeister, Loffenau, Bez.-Notar Klett, Neuenbürg, Barmalter Knaupp, Wildbad, Fr. Knüller, Oberfäger, Rotenjol, Jakob Knüller, Oberfäger, Neusach, Emil König, Landwirt, Arnbach, Kirchenpfl. König, Döbel, Pfarrer Kraft, Engelsbrand, Bürgermeister Krauß, Igelstöck, Friedr. Kull, Glaspermeister, Herrenalb, Hauptlehrer Kuber, Rennack, Joh. Linder, Kirchengemeinderat, Schwarzenberg, Michael Lörcher, Kirchengemeinderat, Biefelsberg, Oberfeuersekretär Härer, Neuenbürg, Willy Lust, zum „Adler“, Loffenau, Bäckermeister Malmschmelmer, Neuenbürg,

Hauptlehrer Mayer, Langenbrand, Kirchengemeinderat Merkle, Schwann, Oberamtsdiener a. D. Meßger, Neuenbürg, Baumwart Mähle, Oberleingehardt, Gottl. Mittel, Landwirt, Ottenhausen, Eugen Müller, Elektro-Inst., Arnbach, E. Pfau, Schreinermeister, Gustav Pfau, Schreinermeister, Wildbad, Gottlieb Delschläger, Landwirt, Langenbrand, Oberpostschaffner Delschläger, Schönbach, Wilhelm Delschläger, Mech., Oberbahnhofsvorsteher Quade, Birkenfeld, Schreinermeister Reichstetter, Waldrennack, Karl Reijer, Graveur, Engelsbrand, Sägewerksbes. Reuschler, Heinrich Reuschler, Landwirt, Grunbach, Karl Reuschler, Mechaniker, Calmbach, Anwalt Reaßer, Oberhausen, Adolf Rittmann, Werkmeister, Calmbach, Gemeinderat Roth, Nibelsbach, Gemeindepfleger Ruff, Döbel, Altkirchenpfl. Ruff, Birkenfeld, David Reger, Gemeinderat, Igelstöck, Ernst Schäffler, Privatier, Wildbad, Gemeindepfl. Scheurer, Conweiler, Wilh. Schill, Bauunternehmer, Wildbad, Oberamtsgeometer Schilling, Herrenalb, Christian Schmid, Müller, Hochmühle Ottenhausen, Ernst Schönthaler, Fuhrmann, Friedr. Schönthaler, Sägewerksbesitzer, Feldrennack, Dekar Schönthaler, Schwann, Kirchenpfl. Schraß, Gottlieb Schraß, Säger, Rotenjol, Friedr. Schülfer, Senfenschmied, Schwann, Schülth. a. D. Schwämmle, Schwarzenberg, Kirchengemeinderat Schwemmler, Waldrennack, Friedr. Schumacher alt, Oberhausen, Kirchenpfl. Seuser, Späth, Birkenfeld, Wilh. Senfried, Säger, Calmbach, Gustav Späth, Kabinettmeister, Engelsbrand, Bürgermeister Stahl, Oberleingehardt, Kirchengemeinderat Stichel, Waldrennack, Karl Treiber, Bäckermeister, Wildbad, Reinh. Trinken, Rotenbach, Wilh. Thadim, Mech., Neusach, Adolf Vester, Fabrikant Birkenfeld, Robert Vöcher, Fuhrmann, Neusach, Rich. Volle, Kirchengemeinderat, Biefelsberg, Ehr. Vollmer, Schreinermeister, Birkenfeld, M. Volz, Obermaschinenmeister, Wildbad, Steuerinspektor Wagner, Neuenbürg, Lud. Waldner, Zimmermann, Rotenjol, Otto Bankmüller, Schreinermeister Schwann, Kirchengemeinderat Bankmüller, Langenbrand, Oberingenieur a. D. Wehe, Wildbad, Bürgermeister Welker, Schwann, Architekt Weischedel, Wildbad, Rektor a. D., Wieland Birkenfeld, Alb. Wildbrett, Wagnermeister, Wildbad, Schlossermeister Zibold, Schneidermeister Zimmermann, Herrenalb, Hauptlehrer Lang, Birkenfeld, Steuerinspektor Deschner, Neuenbürg.

Wahl zum Landeskirchentag.

Weißt Du, daß in nahezu der Hälfte der Wahlbezirke Gruppe I und II gemeinsame Kandidaten aufgestellt haben? Warum nicht auch im Bezirk Neuenbürg? Unsere Schuld ist es nicht.

Weißt Du, daß Herr Apotheker Bozenhardt in den letzten 12 Jahren in der Landeskirchensammlung und im Landeskirchentag den Kirchenbezirk Neuenbürg in gewisserhafter, seiner Weise vertreten hat? Sollen wir ihm es nicht auch weitere 6 Jahre zutrauen?

Weißt Du, daß wir Württemberger um das friedliche Zusammenarbeiten innerhalb der Kirche beneidet werden? Willst Du mithelfen, daß es so bleibt?

Weißt Du, daß der Gruppe II die derzeitige Not des Arbeiters, des werktätigen Volks besonders am Herzen liegt?

Weißt Du, daß Gruppe II auf größtmögliche Sparsamkeit in kirchlichen Ausgaben drängt?

Weißt Du ganz besonders, daß Gruppe II ehrlich daran arbeitet, durch die Kraft des Evangeliums, im Glauben der Reformatoren und unserer Väter der derzeitigen geistigen, seelischen und wirtschaftlichen Not unseres Volkes zu steuern; Notwende bringt Dienst in erbarmender Liebe, nicht Glaubens- und Gewissenszwang.

Wir wissen, daß es noch eine Treue gibt; darum

Schenkt morgen das Vertrauen dem in 12 Jahren erprobten Vertreter des Bezirks und wählet in den Landeskirchentag

Herrn Apotheker Bozenhardt, Neuenbürg.

Bezirks-

Consum-

Verein Neuenbürg.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern aus den Eigenbetrieben der

G - E - G

Delikatess-

Rauchfleisch

schön mager, ohne Bein

per Pfund **1.40**

feinste

Lebertwurst

per 1/4 Pfund **22** Pfg.

ist vollstättigen

Emmentaler

schön großgelochte Ware

per 1/4 Pfund **35** Pfg.

la Limburger

ganz reife Ware

per 1/4 Pfund **14** Pfg.

neuen

Kräuterkäse

per 1/4 Pfund **15** Pfg.

Ferner

frisches Gemüse

zu billigsten Preisen.

la Tafeläpfel

per Pfd. **45** Pfg.

sehr schönes

Milch-Obst

per Pfd. **60** Pfg.

la Pflaumen

per Pfd. **40** Pfg.

Jed. Donnerstag

frisch eintreffend:

la G - E - G

Fisch-Filet

5% Rückvergütung!

Der Vorstand.

Konto-Büchlein

C. Mees'sche Buchhandlung.

Krieger-Berein Neuenbürg.

Morgen Kameradschaftsabend

bei Kamerad Kirn. E. scheint zahlreich.

Reifzeuge jeder Preisliste empfiehlt die C. Mees'sche Buchhandlung.

Evang. Gottesdienst in Neuenbürg.

Sonntag, den 8. März

(Sonntag Deut.)

10 Uhr Predigt (Evangelium) u. Lied Nr. 198:

D. Kan. Dr. Megrell.

Von 11-4 Uhr haben die kirchlichen Wahlen im Gemeindehaus (unterer Saal) statt. Stimmzettel liegen auf.

Keine Kirchenlehre.

Mittwoch abend 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus.

In Waldrennack ist am Sonntag um 1/2 10 Uhr Gottesdienst; um 1/2 11-4 Uhr sind die kirchlichen Wahlen (Rathaus) am Donnerstag 8 1/2 Uhr ist Bibelstunde.

Kath. Gottesdienst in Neuenbürg

Am Sonntag, den 8. März (3. Fastensonntag).

9 Uhr: Predigt und Amt, anschließend Christenlehre.

2 Uhr: Fastenandacht.

Freitag abends 1/2 8 Uhr: Kreuzwegandacht.

Methodistengemeinde

Evang. Freikirche.

Sonntag, den 8. März 1931

Vorm. 10 Uhr Neuenbürg, Waldrennack.

Vorm. 11 Uhr Sonntagsschule.

Nachm. 1/2 2 Uhr Calmbach.

Nachm. 1/2 4 Uhr Höfen.

Abends 1/2 8 Uhr Arnbach.

Evang. Gottesdienst in Birkenfeld

Sonntag den 8. März

9 Uhr Christenlehre (Sühne) u. Lösung des älteren Sonntagsschulung 10 Uhr Predigt (Matth. 10, 1-11)

11 Uhr Kinderkirche im Gemeindehaus.

Abends 7 Uhr Volksbund-Abend (Ein Wort zur kirchl. Wahl.)

Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde.

Evang. Gemeinschaft Gemeindehaus Schillerstr. 11

Sonntag den 8. März

morgens 1/2 10 Uhr: Predigt u. R. Lang.

Nachmittags 3 Uhr Predigt u. R. Friedr.

Dienstag den 10. März

abends 8 Uhr Bibelstunde, anschließend Jugendverein.

